



7. Volksinitiative "Voller Einsatz für Dübendorf" GR Geschäft Nr. 194/2013

Referentin GRPK Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne):

„Die GRPK hat die Weisung des Stadtrates geprüft. Die formelle Prüfung war einfach. Der Initiativtext ist klar, die Antwort des Stadtrates auch. So stellte die GRPK nur wenige Fragen, die vollumfänglich und rasch beantwortet wurden. Diskussionen und unterschiedliche Meinungen gab es dann bei der politischen Betrachtung der Volksinitiative. Das überrascht wohl kaum. Bevor ich die politischen Argumente zusammenfasse, gehe ich kurz auf die Vorlage selber und die Zusatzfragen ein. Die Initiative verlangt, dass ein Stadratsmitglied von Dübendorf nicht gleichzeitig dem eidgenössischen Parlament angehören darf. Das heisst, dass ein Stadratsmandat nicht mit einem Nationalrats- oder Ständeratsmandat vereinbar ist. Wird die Volksinitiative angenommen, so müsste sich also ein Nationalratsmitglied, das die Wahl in den Stadtrat schafft, entscheiden, welches Amt er oder sie ausüben möchte. Daraus haben wir folgende hypothetische Situation angenommen: Bei den Stadtratswahlen erreichen 8 Personen die nötige Stimmzahl, womit die ersten 6 gewählt und 2 als Überzählige nicht gewählt sind. Bei den Gewählten ist ein Nationalratsmitglied, das auf das Stadratsmandat verzichtet. Was geschieht dann? Die Antwort auf diese Frage ist klar: Lehnt jemand seine Wahl ab, egal aus welchem Grund, so findet für die entstandene Vakanz ein zweiter oder weiterer Wahlgang statt. Unsere zweite Frage bezog sich auf die Weisung des Stadtrats. In der Weisung führt der Stadtrat aus, dass ihm eine ähnliche Ausschlussregel wie von der Initiative gefordert nur für die Stadt Zürich bekannt sei. Betrachten wir diesen Satz auf rein logischer Ebene, so sagt er aus, dass der Stadtrat die Regelung in Zürich kennt. Es sagt aber nichts über andere Regelungen aus, denn eventuell sind diese dem Stadtrat nicht bekannt. Das mag nun spitzfindig wirken. Die GRPK wollte aber wissen, ob ähnliche Regelungen in Winterthur, Dietikon, Uster und Kloten existieren. Das Ergebnis: Winterthur kennt eine Ausschlussregelung, die aber relativ komplex formuliert ist. Die Städte Dietikon, Uster und Kloten kennen in ihren Gemeindeordnungen keine solche Einschränkungen bzw. Unvereinbarkeiten. Die dritte Frage der GRPK bezog sich auf den Zeitaufwand für die aktuell betroffenen Ämter. Hier erhielten wir klare Angaben, die zeigen, dass sowohl ein Stadrats- als auch ein Nationalratsamt während der Session ein Aufwand im Umfang von 40 bis 60 Prozent einer üblichen Anstellung entspricht. Nun zu den politischen Argumenten: Bringt die Unvereinbarkeit einen vollen Einsatz für Dübendorf? Auch in einem Milizsystem hat die Woche nur 7 Tage und der Tag nur 24 Stunden. Das können hier im Saal sicher alle bestätigen. Die Zeit, die man für ein politisches Amt einsetzen kann, ist also beschränkt. So wird es sicher zeitlich oft eng, wenn zwei anspruchsvolle und zeitaufwändige Ämter ausgeübt werden oder noch mit einer Berufstätigkeit kombiniert werden. Das können sicher auch die drei anwesenden Nationalräte bestätigen. Die Vertreter der Initiative wollen daher die Ämterkumulation von Stadtrat und National- oder Ständerat verbieten. Die Mehrheit der GRPK möchte, dass die Stimmberechtigten dies von Fall zu Fall entscheiden. Wird der Einsatz eines Stadratsmitglieds als ungenügend eingestuft, so kann dieses Mitglied bei den nächsten Wahlen abgewählt werden. Diese Möglichkeit genügt der Mehrheit der GRPK. Der Vorschlag der Initiative wird als unnötige Über-Regelung eingestuft. Andere Stimmen sind der Meinung, dass zu wenig klar geregelt ist, was die Aufgaben und auch der Aufwand eines Stadratsmandates sind. Wenn ein Stadratsmandat als Teilzeitstelle mit Stellenprozenten definiert wäre, wäre auch klar, welche weiteren Ämter oder welche weiteren beruflichen Engagements zu einer offensichtlichen Überlastung führen. Doch das ist eine generelle Problematik des politischen Milizsystems, das immer wieder zu Diskussionen führt. Das politische Milizsystem wird aber nicht hinterfragt, sondern von allen weiterhin unterstützt. Die Minderheit der GRPK unterstützt die Initiative und möchte Schranken setzen, die Mehrheit sieht dies als unnötige Über-Regelung, da die Stimmberechtigten bei den Wahlen entscheiden können, wenn sie eine Ämterkumulation als negativ einstufen. Die GRPK beantragt, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und die Volksinitiative ‚Voller Einsatz für Dübendorf‘ abzulehnen.“



Stellungnahmen Mitglieder GRPK:

Keine

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

„Sie alle, wir alle, haben uns für das Milizsystem entschieden. Das letzte Mal im Jahre 2005, als wir die Gemeindeordnung revidiert haben. Milizsystem heisst, dass man neben der politischen Tätigkeit einen Beruf hat. Im Prinzip lebt man vom Beruf, und nicht von den Ämtern. Ich gehe davon aus, dass hier im Saal 80 Prozent der Politiker einer Arbeitstätigkeit nachgehen. Es ist möglich, verschiedene Ämter zu besetzen. Man kann sich beispielsweise auch in Vereinen engagieren, und man geht davon aus, dass man sich die Zeit einteilt. Man geht auch davon aus, dass die Leute, die das machen, das auch machen wollen. Sie wollen eine Leistung erbringen, sie wollen sich zusätzlich zu ihrem beruflichen Engagement für die Öffentlichkeit einsetzen. Milizsystem heisst auch, dass wir keine Teilämter haben. Eine Alternative wären Teilämter, Andrea Kennel hat das in ihrem Referat erwähnt. Ein Teilamt würde aber auch einen Teil vom Lohn bedeuten. Wir haben das Milizsystem und demzufolge Entschädigungen. Entschädigungen sind kein Lohn. Nun kommt es darauf an, wovon man lebt, und wie man den Beruf und das Einkommen sichert. Und ich sage: Das ist Privatsache. Wenn sich Leute zur Wahl stellen und sagen: Ich bin bereit eine Leistung zu bringen, die grösstenteils unbezahlt ist, dann geht es nicht an, dass man das in Frage stellt und plötzlich sagt, das ist ein volles Amt im Sinne, dass man 100 Prozent zur Verfügung steht. Sie können von niemandem, der in einem Milizsystem ein politisches Amt innehat, verlangen dass er immer in der Gemeinde oder in der Stadt ist, in der er gewählt wurde, anwesend ist, dass er immer verfügbar ist, 24 Stunden täglich, 365 Tage im Jahr. Sie können aber verlangen, dass er seine Aufgaben gut macht, und dass er seinen Wählerauftrag wahrnimmt. Sollte dies nicht der Fall sein, Andrea Kennel hat es ebenfalls erwähnt, dann soll man die Leute, bei denen man das Gefühl hat, sie erledigen ihre gesetzlichen Aufgaben nicht, bei der nächsten Wahl nicht mehr wählen. Wenn man der Meinung ist, eine Person macht ihren Job richtig, sie erfüllt ihren Auftrag, dann soll diese Person in beiden Ämtern auch wieder gewählt werden können. Es ist Privatsache, ob jemand einen Beruf hat, einen Amt innehat und vielleicht auch noch ein Vereinsmitglied ist. Wenn das Engagement da ist, und man bereit ist, dann hat die Öffentlichkeit einen grossen Vorteil davon. Die Verbindung mit der Volkinitiative ist in meinen Augen eine unkorrekte Verbindung, die man da hergestellt hat. Mein Stadtratskollege Martin Bäumle der schon einigen Jahren Nationalrat und gleichzeitig Stadtrat ist, ist der Leidtragende davon, dass ich in den Nationalrat gewählt worden bin. Vorher war das nie ein Thema. Als ich in den Nationalrat gewählt worden bin, wurde es sofort ein Thema. Ich behaupte, dass das nicht mit Einsatz zu tun hat, es hat nichts damit zu tun, ob das geleistet werden kann oder nicht. Ich behaupte, dass diese eine Aktion ist, die mit mir zu tun hat, mit meiner politischen Haltung und mit meiner politischen Arbeit zum Militärflugplatz Dübendorf. Es ist an der Bevölkerung zu entscheiden, ob ich meine Arbeit richtig mache oder nicht, ob meine politische Haltung richtig ist oder nicht. Die Bevölkerung kann dies beurteilen und an der Urne darüber befinden. Dass Martin Bäumle hinein gezogen wurde, tut mir sehr leid. Er ist über Jahre in beiden Ämtern tätig gewesen, und ich habe noch nie einen Vorwurf gehört, er mache seine Arbeit nicht richtig in Dübendorf. In diesem Sinne denke ich, und es ist meine Einschätzung, dass es sich hier eindeutig um eine politische Haltung handelt. Es geht nicht darum, das Geleistete an einem Zählrahmen zusammenzuzählen und zu schauen, wer wie viel und was leistet. Es ist eine politische Haltung und nichts anderes. Gehen sie nicht auf die Initiative ein und unterstützen sie weiterhin das Milizsystem. Ich lebe und unterstützte das Milizsystem, trotz sieben Tage pro Woche und ungezählten Stunden. Aber es ist mein Entscheid, ob ich das leisten möchte oder nicht, ob ich acht, zwölf, dreizehn Stunden täglich arbeite, ob ich sonntags arbeite, ob ich in meiner Freizeit an öffentlichen Anlässe gehe, Leistungen erbringe, die ich gar nicht müsste, ob ich mehr mache, als verlangt wird. Ich bin in so vielen Kommissionen tätig, in denen ich gar nicht sein müsste, und solange ich in diesen Kommissionen tätig bin und meine Leistung auch dort erbringe, bin ich der Meinung, dass dies zum Vorteil der Stadt Dübendorf ist. In diesem Sinne bitte ich sie, auf die Initiative nicht einzutreten und diesen politischen Akt nicht zu unterstützen.“



Diskussion:

Patrick Walder (SVP):

„Ich darf Ihnen an der heutigen Sitzung im Auftrag des Initiativkomitees die Volksinitiative ‘Voller Einsatz für Dübendorf’ begründen. Mit dieser Initiative möchten wir erreichen, dass Stadträte in Dübendorf nicht gleichzeitig in einem Parlament der eidgenössischen Räte Einsitz haben dürfen. Ich möchte da auf das Votum eingehen und möchte klarstellen, dass es sich nicht um einen Angriff gegen irgendeine Person handelt. Folgende Beweggründe haben zu unserer Initiative geführt. *Faktor Zeit:* In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Kumulierung zwischen den beiden Ämtern, Stadtrat und Nationalrat, Probleme nach sich zieht. Beide Ämter nehmen sehr viel Zeit in Anspruch. Gemäss der öffentlich zugänglichen Beantwortung des Postulats Müller ist die zeitliche Beanspruchung eines Stadtpräsidenten mit einem Pensum von ca. 60 Prozent, das eines Stadtrats von ca. 40 Prozent einzugliedern. In diesen Zahlen nicht enthalten sind Abendveranstaltungen und dergleichen. Konservative Schätzungen gehen davon aus, dass ein Nationalratsmandat ein Pensum von mindestens 40 bis 50 Prozent beinhaltet. Darin nicht eingerechnet sind ‘Parlamentarische Arbeiten im erweiterten Zusammenhang mit dem eidgenössischen Mandat. Mit ‘Parlamentarischen Arbeiten im erweiterten Zusammenhang, sind unter anderem Co-Präsiden von parlamentarischen Gruppen, Parteipräsidien etc. gemeint. Christoph Darbellay, Präsident der CVP Schweiz und selber im Nationalrat, geht gemäss Interview mit dem Tagesanzeiger vom 19. März 2013 davon aus: ‘Ein guter Nationalrat beansprucht für sein Amt rund 70 Prozent seiner Arbeitszeit. Barbara Gisi (SP), ihres Zeichens Nationalrätin und in der Exekutive der Stadt Wil SG, gab in der Arena-Sendung vom 5. Oktober 2012 bekannt, dass sie bei den nächsten Exekutivwahlen nicht mehr antreten wird, da die Kumulation der beiden Ämter nicht möglich seien. Man fehle bei wichtigen Sitzungen und Abstimmungen im Stadtrat oder im Nationalrat. Die Zahlen der Anwesenheit im Nationalrat unserer beiden Stadträte mit Doppelmandaten zeigen auf, dass die Aussagen von Frau Gisi nicht einfach aus der Luft gegriffen sind. So fehlte z.B. Nationalrat Martin Bäumle in der Maisession 2012 bei 100 Prozent aller Abstimmungen, bei der Wintersession 2011 bei 53 Prozent und bei der Wintersession 2012 zu 47 Prozent, was sogar in der eigenen Nationalratsfraktion öffentlich kritisiert wurde. Auch Lothar Ziörjen fehlte zum Beispiel in der Wintersession 2012 bei 22 Prozent aller Abstimmungen, bei der Frühlingssession 2012 bei 21 Prozent. Wie die Abwesenheiten bei Stadtratssitzungen oder bei weiteren Ämtern im Zusammenhang mit dem Stadtrat sind, ist leider nicht öffentlich bekannt, weshalb ich auch keine Stellung dazu nehme. Dass das Nationalratsmandat nicht einfach ein Nebenmandat ist, beweist auch deren Entschädigung. Geht man davon aus, dass ein Nationalratsmandat einer 50 Prozent-Stelle entspricht, so ergibt dies ein Jahreslohn von 290'000 Franken, bei der Annahme von einer 30 Prozent Beschäftigung sogar 478'000 Franken. Da kann niemand von einer kleinen Nebenbeschäftigung sprechen, sonst macht er sich unglaublich unwahrscheinlich.“

Faktor Nutzen: In der Weisung des Stadtrats zu dieser Initiative, Seite 3, führt er auf, dass es einige Geschäfte in Bern gibt, welche Dübendorf direkt betreffen. Unter anderem nennt der Stadtrat den Militärflugplatz Dübendorf. Dass der Bundesratsentscheid betreffend Flugplatzgelände komplett der Haltung des Stadtrats widerspricht, ist bekannt. Der Stadtrat zeigt sich in seiner Medienmitteilung vom 28. Februar 2013 denn auch überrascht über den Entscheid aus Bern. Ich zitiere: ‘Die jetzt kommunizierten Absichten des Bundesrates stehen im kompletten Widerspruch zu den bisherigen Diskussionen.’ Der Stadtrat, in dem zwei Nationalrätesitzen, ist überrascht über einen Entscheid aus Bern und konnte diesen offensichtlich nicht nach dem Willen des Stadtrats beeinflussen. Man fragt sich diesbezüglich schon, wo nun genau der Nutzen bei diesem und anderen Geschäften für Dübendorf sein soll. Die Initianten hingegen beurteilen den Nutzen des Doppelmandats offensichtlich realistisch. Wie unseren Argumenten entnommen werden kann, sehen wir sehr wohl einen Nutzen zwischen dem Kantonsratsmandat und dem Stadtratsmandat, da im Kanton die wichtigen Entscheide für die Gemeinden getroffen werden. Unter diesem Aspekt spricht man auch vom Erfolgsrezept Föderalismus.

Faktor Miliz: Das politische Milizsystem ist eine bewährte und langjährige Tradition der Schweiz. Auch im ‘Parlamentswörterbuch der Schweizerischen Bundesversammlung, wird die eidgenössische Legislative als Milizparlament oder Halbberufsparlament bezeichnet. Der Sinn hinter diesem



Milizsystem ist es, dass berufliches Wissen in die politische Arbeit einfliesst. Dies ist einer pragmatischen, an den realen Problemen orientierten Amtsführung förderlich. Leider sind die finanziellen Entschädigungen für politische Mandate so attraktiv, dass immer mehr Politiker ihren Beruf aufgeben und als Berufspolitiker praktizieren. Die Möglichkeit der Kumulation politischer Mandate fördert diesen Trend noch weiter. Dies gilt es aus unserer Sicht zu verhindern. Wir sind froh, dass dies nicht nur unsere Sicht ist. So schreibt der Stadtrat in der Beantwortung zum Postulat Müller betreffend Berufspolitikern: 'Die Identifikation mit dem Amt (aber nicht mit der Stadt) steigt, weil die zum angestammten Beruf unterbleibt. Ein vollamtlicher Amtsinhaber denkt immer als Politiker, während der Milizpolitiker laufend einen Rollenwechsel vornehmen muss. Fällt dieser Rollenwechsel weg, besteht aufgrund einer Vermischung von beruflichen, politischen und öffentlichen Interessen ein Gefahrenpotenzial. Der Nachweis einer beruflichen Tätigkeit verschafft eine gewisse Nahbarkeit und Glaubwürdigkeit, die dem Profipolitiker abhanden kommen könnte. Im Weiteren kann die Unabhängigkeit der Entscheidungen eingeschränkt werden, weil (politisch heikle und unpopuläre) Entscheidungen auf die Erhöhung der Wiederwahlchancen ausgerichtet werden können.' Ich möchte nochmals betonen, dass dies die Worte des Stadtrats sind. Aber auch andere Parteien sehen das so. Ich zitiere aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 3. Dezember 2012, Wortmeldung Valeria Rampone zur Beantwortung des Postulats Müller: 'Der Stadtrat hat aber in seiner Antwort auf das vorliegende Postulat klar aufgezeigt, dass eine Exekutivbehörde aus Profipolitikern nicht das Richtige ist für Dübendorf, weil durch eine Professionalisierung die falschen Anreize gesetzt würden: Einerseits würde eine Kandidatur viel stärker als heute durch finanzielle Überlegungen beeinflusst. Und dies ist sicher nicht erwünscht. Andererseits würde die Gefahr einer Abwahl und der daraus folgenden drohenden Arbeitslosigkeit oder der grossen Schwierigkeit, sich nach der Zeit im Stadtrat wieder im angestammten Beruf einzugliedern, viele Kandidaturen verhindern. Das heutige Milizsystem funktioniert.' Ich danke dem Stadtrat und auch Valeria Rampone für diese deutlichen Worte und kann diese unterstützen. Nur sind wir der Ansicht, dass wir dies nicht fördern dürfen. Die Möglichkeit der Ämterkumulation ermöglicht dies erst. Unsere Initiative schiebt dieser Entwicklung der Profipolitiker einen Riegel. Unsere Argumente sind gut, verständlich und nachvollziehbar. Wenn wir am Milizsystem festhalten und die Grundlagen schaffen möchten, dass unsere Stadträte vollen Einsatz für Dübendorf leisten können, dann müssen sie diese Initiative der Stimmbevölkerung zur Annahme empfehlen."

Daniel Brühwiler (GEU/glp):

„Die GEU/glp-Fraktion plädiert für Ablehnung der vorliegenden Volksinitiative. In der Dübendorfer Gemeindeordnung ist die Wahl des Stadtrates in Artikel 4 geregelt, wo es heisst: „Die Stimmberechtigten wählen durch die Urne auf die Amtsdauer von vier Jahren die Mitglieder und den Präsidenten des Stadtrates“. Dieser Satz ist einfach und klar; er braucht keine Fussnoten, Zusätze oder Nebenbedingungen. Dass ausgerechnet die Partei, die sonst wohl am lautesten schimpft, in diesem Land sei alles überreguliert, einen solchen Zusatz fordert, ist nicht ohne Ironie. Der geforderte Zusatz ist tatsächlich überflüssig. Ist eine Stadträtin bzw. der Stadtpräsident gleichzeitig Nationalrat, können Parteien, die mit der Leistung unzufrieden sind, eine bessere Kandidatur für die Wahl lancieren. Ist diese wirklich besser, wird das Volk sie auch wählen, während jene mit ungenügender Leistung auf der Strecke bleiben. So einfach funktioniert das in unserer Demokratie. Die Regelung der Wahl weist in unserer Gemeindeordnung nicht nur eine einfache Formulierung auf. Sie hat auch einen tieferen Sinn: Es ist so nicht möglich, jemanden einfach abzuwählen. Eine Abwahl ist nur zu erreichen, wenn ein besserer Kandidat oder eine bessere Kandidatin präsentiert wird. Für das Funktionieren unseres Staatswesens ist dieser Punkt zentral. Genau in dieser Hinsicht versuchen die Initianten einen hinterlistigen Unterzug zu machen: Eine Abwahl, ohne eine bessere Kandidatur zu präsentieren. Das Vorgehen ist zwar demokratisch legitim, zeigt aber auch eine gewisse Feigheit. Erstaunliches zeigt auch der Vergleich von Titel und Inhalt der Initiative. Der Titel verspricht vollen Einsatz für Dübendorf. Der Inhalt fordert eine Exekutive ohne National- und Ständeräte. Die Behauptung, dass ein Nationalratsmandat den Einsatz eines Stadtrates oder einer Stadträtin schmälern kann, hat eine gewisse Logik. Dass das Fehlen eines Nationalratsmandats hingegen vollen Einsatz im Dübendorfer Stadtrat gewährleiste, entbehrt jeder Logik. Dieser logische Fehler



macht die Initiative zum leeren Versprechen. Es sind nämlich unzählige Gründe für reduzierten Einsatz im Stadtrat denkbar, ohne dass die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber dem nationalen Parlament angehört: Jemand verändert sich beruflich und reduziert deshalb den Einsatz im Stadtrat; Jemand durchläuft eine belastende Situation in der Familie und kann weniger leisten im Stadtrat; ein Stadtpräsident geht ein halbes Jahr auf Weltreise und simst dem Stadtschreiber aus dem Amazonasurwald Anweisungen. Aber auch der umgekehrte Fall ist denkbar. Eine Person, die immer da ist nach dem Motto 'gibt sich und hat Mühe'. Diese Person ist zwar vielleicht nicht im Bundesparlament. Ist das der volle Einsatz für Dübendorf, den die Initianten wollen? Wahrscheinlich würden wir alle in diesem Fall einen Nationalrat oder eine Nationalrätin vorziehen, welche etwas weniger oft vor Ort wäre, dafür auch etwas weniger Mühe hätte. Bleiben wir deshalb bei der bestehenden Formulierung in der Gemeindeordnung und stimmen sie gegen die vorliegende Volksinitiative.“

Patrick Angele (SP/JUSO/Grüne):

„Die Initiative der SVP wirft meiner Meinung nach durchaus berechnete Fragen auf, wie beispielsweise: Wie wird unsere Stadt geführt? Wie viel Zeit braucht es dafür? Wie viel Zeit nimmt man sich? Schlussendlich wirft sie die Frage auf: Ist das System, das Milizsystem heute noch angebracht? Ich finde, wenn man die Resultate der Arbeit der Exekutive in den letzten Jahren anschaut, manchmal die Qualität, manchmal die Zeiten, ist diese Frage berechnete. Kann man Stadtrat der viertgrössten Stadt im Kanton Zürich sein und gleichzeitig ein wichtiges Mandat in einer Firma haben? Kann man Stadtrat sein in Dübendorf und gleichzeitig Präsident einer nationalen Partei? Oder kann man sogar Stadtpräsident sein, Nationalrat, Kantonalpräsident einer Partei und gleichzeitig noch Inhaber eines Architekturbüros sein? Wenn man das alles zusammenrechnet, fragt man sich, was kann man alles überhaupt unter einen Hut bringen. Irgendwann hätte jeder Mühe. Ich finde die Frage berechnete: Wie macht man das? Wie macht das ein einzelner Mensch? Ich finde nicht, dass man das Stadtrats- oder sogar das Stadtratspräsidiumsmandat mit einer freiwilligen Arbeit in einem Verein vergleichen kann, die man nebenbei noch macht. Wir wissen alle, ein Stadtpräsident in Dübendorf verdient alleine eine Grundentschädigung von 64'000 Franken. Und es ist doch ein wenig der wichtigere Job Stadtpräsident dieser Gemeinde zu sein, als Präsident der Kaninchenzüchterverein oder was auch immer. Und es ist auch wichtig Stadtrat zu sein. Doch die Antworten, die die SVP auf die aufgeworfenen Fragen bringt, sind untauglich und undurchdacht, weil sie das Problem nicht lösen. Wir können immer noch ein Manager einer Firma haben, der 120 oder 150 Prozent arbeitet und sich daneben anmasst Stadtpräsident zu sein. Das Problem wird so nicht gelöst. Der Vorschlag der SVP ist nicht durchdacht und hat nichts mit dem Nationalratsmandats zu tun. Zudem ist er staatsrechtlich im höchsten Mass bedenklich. Ich glaube, das Problem der Vereinbarkeit von einem exekutiven Amt und einem nationalen Parlament kann durchaus vom Stimmvolk entschieden werden. Wir sollten uns vielmehr fragen, wie wir unsere Gemeinde organisieren, was wir für eine Exekutive haben und wie diese arbeitet. Meiner Meinung nach wäre es gescheiter, dem Stadtpräsidenten ein fixes Pensum von beispielsweise 80 Prozent zu geben, wie das auch in vielen anderen Städten der Schweiz Realität ist. Oder man strukturiert die Exekutive im Allgemeinen um, z.B. 5 x 80 Prozent. Gleich starke Partner und Partnerinnen in der Regierung, die sich Zeit nehmen und Zeit haben und dementsprechend auch entlohnt werden. Dann wurde man das Problem an der Wurzel packen. Dann hätte man auch das Problem des Doppelmandats Nationalrat und Ständerat gelöst. Weil dann wird die Arbeit normal abgegolten und es wird bei Absenzen einen Ersatz gefunden, z.B. wie bei Lehrern, die im Nationalrat sind, und in der Schule fehlen. So würde man die Mehrbelastung verhindern können. Das wäre korrekt, und das wäre korrekt auch für die SVP, denn der Zeitpunkt der Lancierung dieser Initiative, und das ist nicht von der Hand zu weisen, mit der Wahl von Lothar Ziörjen im Nationalrat übereinstimmt. Das gibt einen unsauberen, unkorrekten Nachgeschmack. Das hat den Beigeschmack von Neid. Was wir jetzt behandeln ist ein sehr wichtiges Thema, nämlich wie wir unsere Exekutive organisieren möchten. Der Vorschlag der SVP ist untauglich und unnötig, deshalb sagt die SP/JUSO/Grüne-Fraktion entschieden Nein dazu.“



Bruno Fenner (BDP):

„Die Ansicht der Initianten, dass die Verbindung eines Stadtratsmandats mit einem Mandat als eidgenössischer Parlamentarier das volle Engagement für die Stadt Dübendorf verhindert, ist nicht nur falsch, sondern so durchsichtig und scheinheilig, dass es mir schon fast weh tut. Es kann doch nicht sein, dass eine Partei, die das Milizsystem schon fast verherrlicht, sich in dieser Frage in den eigenen Fuss schießt. Das ist Wischiwaschi-Politik und nichts anderes. Bei den letzten Nationalratswahlen hatte der Stimmbürger genau gewusst, wen er gewählt hatte. Die Fakten lagen ja schon bereits seit längerem auf dem Tisch. Unsere beiden Stadträte sind schon einige Jahre im Amt. Auch Thomas Maier, der zu diesem Zeitpunkt im Kantonsrat gewesen ist, wurde ja bekanntlich ebenfalls in den Nationalrat gewählt. In diesen Kandidaten sah der Stimmbürger offensichtlich die nötige Kompetenz und die politische Erfahrung höher gewichtet als die Angst, dass den Politikern möglicherweise die nötige Zeit für diese Ämter fehlen würde. Einzig der persönliche Einsatz zählt und nicht die Anzahl politischer Mandate. Seit den Nationalratswahlen sind bereits zwei Jahre vergangen und ich konnte keinen Unterschied zu früheren Zeiten feststellen. Und sie können mir glauben meine Damen und Herren, ich bin sehr nahe am politischen Alltag dabei. Im Gegenteil, ich behaupte, dass vom Zeitaufwand her das Kantonsratsmandat (auf jeden Fall bei einer kleinen Fraktion, wie das bei uns der Fall ist) um einiges grösser ist. Im Gegensatz zum Nationalrat mit ca. 4 Sessionen im Jahr, ist der Kantonsrat wöchentlich an der Arbeit. Konsequenterweise müssten sie mit ihrer Argumentation auch ein Doppelmandat Kantonsrat und Stadtrat verbieten. Auch das wäre natürlich ein völliger Unsinn, und das wissen sie ganz genau. Natürlich ist es möglich zwei Ämter gut auszuführen. Das ist nur eine Sache der Organisation. Es gibt viele gute Beispiele, wo das tadellos klappt. In dieser Frage entscheiden alleine die Stimmberechtigten, ob sie das der Kandidatin oder dem Kandidaten zutrauen oder nicht. Für die BDP steht auch in diesem Fall die Demokratie oder der Volkswille an erster Stelle, und auf gar keinen Fall irgendwelche Einschränkungen an unserem Milizsystem, geschweige dann einer Änderung der Gemeindeordnung. Die Sünneli-Partei hatte auch schon bessere Zeiten und vor allem bessere Ideen gehabt, um auf sich aufmerksam zu machen. Spontan kommt mir auch die kuriose Volksinitiative der Volkswahl für den Bundesrat in den Sinn, die im Juni zur Abstimmung kommt. Auch diese wurde nur ausgeheckt, um eine bestimmte Person ins oberste Gremium zu heben. Beide Initiativen spielen eindeutig auf die Person, und das ist immer falsch. Was möchten die Initianten wirklich? Wieso verstecken sie sich hinter dem unmöglichen Titel der Volksinitiative 'Voller Einsatz für Dübendorf,? Ihnen geht es nicht um das Doppelmandat. Wieso sagen sie es nicht offen und ehrlich, dass sie die Herren Bäume und Ziörjen nicht mehr in unserem Stadtrat möchten. Punkt. Fertig. Aus all diesen niedrigen Gründen bitte ich sie, die Initiative abzulehnen und prophezeie den Initianten eine weitere Wahlschlappe.“

Orlando Wyss (SVP):

„Ich muss noch Einiges richtig stellen. Es klingt noch etwas von Bruno Fenners Votum nach. Erstens kann uns keine Wahlschlappe aufgrund dieser Vorlage blühen, denn es kann höchstens zu einer Abstimmungsniederlage kommen, und das muss jeder, der Politik macht, in Betracht ziehen, ansonsten kann man nicht in die Politik gehen. Der zweite Unsinn, der Bruno Fenner von sich gegeben hat: Ein Kantonsratsmandat gäbe mehr Arbeit als ein Nationalratsmandat. Gut ich bin nicht Nationalrat, ich bin Kantonsrat, ich weiss, wie das geht und wie man das machen kann. Als Lothar Ziörjen im Kantonsrat war, hatte er das Problem, dass er von einer neuen Partei auch noch gerade Fraktionspräsident geworden ist, und so hatte er vielleicht etwas mehr zu tun, als ein normaler Kantonsrat. Man kann ein Kantonsratsmandat nicht mit einem Nationalratsmandat vergleichen. Ich sage das als Kantonsrat. Dann etwas anderes, das Lothar Ziörjen in seiner Rede angesprochen hat, dass es um seine Person gehe. Das ist nicht so. Es ist wohl wahr, dass der Zeitpunkt, als wir die Initiative lanciert haben, der war, als wir merkten, dass Lothar Ziörjen kandidieren würde und wir auch wussten, dass er gewählt wird. Für uns tauchte die Frage auf, was passiert, wenn jeder aus unserem Stadtratsgremium das Gefühl habe, er könne jetzt auch noch etwas in Bern politisieren. Das ist nicht in unserem Sinn. Auch deshalb, weil wir wussten und erlebt hatten, dass es nicht von Vorteil ist, wenn



ein Stadtrat auch Nationalrat ist. Da hat uns Martin Bäumle in der Vergangenheit entsprechende Erfahrungen geliefert. Dann noch etwas zum Milizamt: Der Sinn und Zweck des Milizamts ist, dass man nebenbei arbeitet, und nicht, dass man nebenbei auch noch Politiker ist. Und dass man zusätzlich noch einen 50 oder 70 Prozent-Job hat und dann auch noch ein Parteipräsidium hat. Es fällt auf, dass Leute, die da nicht so sensibel sind, solche Ämter an sich ziehen. Das hat nichts mehr mit Milizsystem zu tun, da geht es um Vollprofilpolitiker. Und wir stehen nicht ein für Profipolitiker, denn sie verlieren automatisch den Bezug zur Wirtschaft, zu ihrem angestammten Beruf. Das ist nicht das, was wir wollen. Das hat uns seinerzeit die Gewissheit gegeben, dass wir etwas dagegen unternehmen müssen, sonst hätten wir dann sieben Stadträte auch im Nationalrat in Bern, und darum haben wir damals diese Initiative lanciert. Das noch als Richtigstellung.“

Thomas Maier (GEU/glp):

„Ich möchte nicht mehr auf alle Argumente eingehen, man könnte noch einen ganzen Haufen anfügen. Ich sehe selbstverständlich ganz viele Sachen anders als das, was Patrick Walder vorher geschildert hat. Ich möchte aber noch einen Punkt korrigieren, der mir sehr wichtig erscheint, und zwar hat Patrick Walder die Abwesenheit im Nationalrat zitiert. Ich nehme an, dass er die Zahlen auf politnetz.ch nachgeschaut hat. Die Abwesenheitsstatistik, die dort geführt wird, hat selbstverständlich in Bern zu intensiven Diskussionen unter allen Nationalrätinnen und Nationalräten geführt. Die Statistik weist leider bis zum heutigen Tag einen grundlegenden Erhebungsfehler auf. Wenn man jetzt die aktuellste Session, die Frühlingssession, anschaut, dann hat es dort einen gelb hinterlegten Balken, mit dem Hinweis, dass die Seite komplett überarbeitet wird und dass die Statistik neu erhoben wird. Die Statistik von politnetz.ch basiert von innerredaktionell begleiteten Vorlagen im Nationalrat und basiert vor allem auf Schlussabstimmungen. Das kann dazu führen, das habe ich selber auch schon erlebt, dass man z.B. bei einer Session von 13 Sitzungstage mit ungefähr 92 Stunden Sitzungszeit beim Fehlen von zwei bis drei Stunden wenn man Pech hat sofort eine Abwesenheit von 20 Prozent in dieser Statistik hat. Dies, weil an diesem Abend oder Nachmittag, 14, 15, 16 Schlussabstimmungen zu kleinen Postulate stattfanden. Auf der anderen Seite kann man zwei Tage oder zweieinhalb Tage eine Diskussion beispielsweise über die neue Agrarpolitik, Landwirtschaftspolitik, komplett verpassen und muss einfach bei der Abschlussabstimmung, nach zweieinhalb Tagen, einmal für zwei Minuten anwesend sein und dann hat eine 100% Anwesenheit. Dabei hat man 150 Abstimmungen zu Minderheitsanträgen komplett verpasst und hat trotzdem eine 100 Prozent Anwesenheitsquote. Ich möchte klar stellen, dass das ein Fehler in der Statistik ist, der immer wieder in der Öffentlichkeit falsch wiedergegeben wird und der jetzt endlich korrigiert wird. Dass man zwei bis drei Stunden innerhalb der Woche fehlt, kann schnell passieren, denn wir haben hier in Dübendorf oder auch in Zürich den Vorteil, dass wir immer miteinander reden können, weil wir in Dübendorf wohnen und unsere Kollegen spontan zu einem Kaffee treffen können. Im Nationalrat sehe ich meine Kollegen aus Genf oder aus dem Tessin nur während der Session und wir müssen uns auch fraktions- und parteiübergreifend austauschen. Ich bin ein Milizparlamentarier, und ich gehe unter der Woche meinem Beruf nach. Ich kann nicht unter der Woche schnell nach Genf zu einem Kollegen gehen, um mich auszutauschen.“

Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne):

„Ich habe Orlando Wyss gut zugehört, er hat gesagt, wir wollen keine Vollprofis. Dann kommt aber die Initiative einiges zu spät. Wenn man zu Lothar Ziörjen sagt, er hätte die Realität zur Wirtschaft verloren, dann muss ich sagen, das glaube ich nicht. Wenn man ihn als Vollprofi bezeichnet, dann ja, ich muss das bejahen und auch sagen, dass ich ihn professionell finde. Aber in diesem Fall muss man auch Martin Bäumle seit längerer Zeit als Profipolitiker einstufen. Und wenn es die SVP ehrlich meinen würde und nicht personenbezogen, dann wäre diese Initiative schon längststens auf dem Tisch.“



Abstimmung

Der Antrag vom Stadtrat wird mit 22:10 Stimmen angenommen und Ablehnung der Volksinitiative beschlossen.

Beschluss:

1. Die Volksinitiative «Voller Einsatz für Dübendorf» vom 23. November 2012 wird abgelehnt.
2. Die Volksinitiative wird den Stimmberechtigten innert 30 Monaten seit der Einreichung der Initiative, d.h. bis spätestens 23. Mai 2015, zur Abstimmung unterbreitet.
3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug

Die Richtigkeit bescheinigt

Gina Sessa
Gemeinderatssekretärin-Stv.